



ALBANER IN SÜDTIROL

Grundsätzliche Denkschrift zur Flüchtlingsfrage und Maßnahmen-
katalog für die Zukunft

An die Führung der SVP
und an die Öffentlichkeit!
An die Medien!

Stichtag 14. März 1991

Der 14. März 1991 war ein sozialgeschichtlicher Stichtag für Südtirol. Als um 11 Uhr vormittag auf dem Welsberger Bahnhof 361 albanische Flüchtlinge eintrafen und vom Bürgermeister und staatlichen Behördenvertretern empfangen wurden, kam auch unser Land zum erstenmal in direkten Kontakt mit einem schwachen Ausläufer jener neuen Völkerbewegung, die spätestens am Beginn des 3. Jahrtausends das Sozial- und Kulturgefüge Europas umpfügen und umgestalten wird.

Und gleich kam die Probe aufs Exempel für jene zahllosen und stets allgemeinen Bekundungen menschlicher und christlicher Solidarität, an der nie ein Echtheitszweifel zu bestehen schien.

Die Haltung des Bürgermeisters war eindeutig und zunächst die einzige für die SVP im Ort als solche. Der SVP-Ortsausschuß setzte sich zum stillen Nichtstun ab, ein Teil davon trat zu unverhohler Kritik an und forderte, den eingebildeten (Wirtschafts-)Schaden zu wenden, indem man die Flüchtlinge nach Irgendwohin schaffe. Nur Gemeindeassessor Lugger wandte sich dagegen.

Das offizielle Land zog sich ebenfalls in Warteposition zurück und überließ es dem Bürgermeister, mit den staatlichen Behörden zu organisieren. Vor allem überließ man es ihm allein, der Solidarbereitschaft der Bevölkerung gegen wirtschaftsegoistisch getarnte Rassismen zur Entfaltung zu verhelfen. Es gelang, während die Führung der Südtiroler Volkspartei, die sich in ihrem Programm auch einer eindeutigen Sozialhaltung verschrieben hat, trotz meiner Aufforderung, sich zu äußern, schwieg (und bis heute noch schweigt). Eine Ausnahme bildete das Sanitätsassessorat, das sogleich und wiederholt ärztliche Hilfe entsandte. Dafür ist sehr zu danken.

Die örtliche Caritas trug etwas zur Hilfe bei, auch wenn es ungeschickterweise versäumt wurde, die Maßnahmen mit dem Bürgermeister und den Vertretern des Regierungskommissariats bzw. den



im Ort stationierten Offizieren des IV. Armeekorps abzustimmen und durch überlegteres Vorgehen (etwa bei der Geldzuteilung, die rasch an ihre Grenzen kommen wird und fahrlässig Erwartungshaltungen geweckt hat) bessere Wirkung zu erzielen. Daß die Vertreterin der örtlichen Caritas sich schließlich in den Chor der Kritiker einreihte und ebenfalls zu keiner besseren Lösung als zum baldigen Abzug der Albaner (wohin wohl?) zu raten wußte, ist ein fragwürdiger Vorgang am Rande. Die Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung und vieler einzelner Familien und selbst Geschäftsinhaber und Gastronomen wurde davon aber nicht beeinträchtigt. Die "Neue Mitte" war in der SVP als Gruppierung die einzige, die eine eindeutige Solidaritätserklärung abgab. Dafür ist den Parl. Abg. Dr. Benedikter, Dr. Willeit und dem L.Abg. Dr. Peterlini zu danken. Auch Landtagspräsidentin Franzelin und L.Abg. Kaserer haben mit ihrem Besuch eine gute Einstellung bekundet.

Der Besuch des Bischofs bei den Flüchtlingen war ein sinnvoller und hilfreicher Akt; wenn auch die nach einem Bericht des "Sonntagsblattes" (vom 31.3.91) angekündigten "weiteren Hilfsmaßnahmen", die dem Bericht zufolge mit den beiden Caritasdirektoren in Welsberg besprochen worden sein sollen, weder dem Bürgermeister mitgeteilt noch mit den anderen verantwortlichen Behörden auf ihren Zweck hin diskutiert wurden und real bis heute ausgeblieben sind.

Es wäre auch sinnvoller gewesen, den 15-Millionen-Scheck nicht einfach als finanzielle österliche Sonderstration an jeden Flüchtling verteilen zu lassen, sondern das Landsgeld der Caritas - und anderer Spenden - überlegter einzusetzen. Woher sollen die nächsten Dutzenden Millionen kommen? Hilfe muß gut überlegt sein.

Ich merke das nur deshalb kritisch an, weil ich mich jetzt schon tagelang aktiv mit Flüchtlingsanliegen beschäftigt habe und darum die Lage kenne. Dem Land würde ich beispielsweise keinesfalls zu solchen eher ziellosen Geldzuteilungen raten, so sehr ich in dieser Denkschrift konkrete Maßnahmen auch vom Land erbitte und das Land sich zweifellos nicht verschließen wird.

Auf SVP-Seite ist dem Abg. Karl Oberhauser, seiner Gattin und seiner ganzen Familie mit der Jungen Generation Sterzing (und der dortigen Caritas) zu danken, die eine Kleidersammlung mit allerbestem Erfolg organisiert haben. Abg. Oberhauser übermittelte auch einen Scheck über 5 Mio. Lire. Er hat sich auch an Ort und Stelle ein Bild der Lage gemacht. Die ausgezeichneten Kleider wurden inzwischen verteilt, ebenso wie die Kleider, die die SVP-Ortsgruppen von Pichl und Gsies blitzschnell organisiert haben. Die Verteilung habe ich gemäß Absprache mit den SVP-Ortsobmännern bzw. Abg. Oberhauser und den örtlichen Behörden vorgenommen.

Sehr zu danken ist auch der Talgemeinschaft Pustertal, die einen Fond von 40 Mio. Lire bereitgestellt hat.



Zu danken ist natürlich den Offizieren des IV. Armeekorps, den deutschen und italienischen Soldaten, dem Regierungskommissariat und den Polizeibeamten, die allesamt in vielfacher und umsorgender Weise gelungene Leistungen erbracht haben. Zu danken ist auch Herrn Landeshauptmann Dr. Durnwalder bzw. Herrn Landesrat Dr. Hosp für ihre grundsätzlichen Zusagen für eventuelle Bildungsinitiativen, soweit diese durchführbar erscheinen, und Herrn Landesrat Dr. Saurer für seine eindeutige Bereitschaft, auch im Bereich der Berufsbildung Hilfe zu gewähren. Daß noch viele Fragen offen sind, schmälert diese Leistungen nicht. Von diesen offenen Fragen ist nun zu reden.

Neues Denken gefordert

Begreiflich zwar, daß es einer politischen Landesführung, die ein Leben lang mit dem ethnischen Überlebenskampf beschäftigt war und berechtigterweise keinen Anlaß sieht, in ihrer Wachsamkeit nachzulassen, es nicht gerne sieht, wenn durch innereuropäische Entwicklungen auch einem kleinen Land neue Aufgaben aufgenötigt werden. Begreiflich ist das aber nur psychologisch, politisch logisch ist es nicht. Es geht auch nicht um die persönliche menschliche Glaubwürdigkeit, die bei einer ganzen Reihe von führenden Parteivertretern außer Zweifel steht. Der Landeshauptmann gehört als einer der ersten dazu und andere mit ihm. Doch geht es um die Erkenntnis der völlig neuen Dimension, die eine Umorientierung im Denken und im Planen fordert.

Man hat entgegengehalten: der Staat habe nicht rechtzeitig das Land von der Ankunft der Flüchtlinge informiert. Das hätte aber nichts daran geändert. Es ist das Recht des Staates, eine Menschengruppe, die keine italienische Einwanderung in Südtirol verursacht, sondern nur eine humane Hilfsaktion darstellt, in eine seiner Kasernen zu verlegen und auf eigene Kosten zu verpflegen. Haben wir nicht etwa empört auf seine anfänglich abweisende Haltung bei der Ankunft der durchfrorenen Flüchtlinge in Brindisi reagiert? Hat das Land nicht etwa darum auch gleich Hilfe nach Brindisi angeboten? Auch ist die Zahl der nach Südtirol verlegten Flüchtlinge im Vergleich mit jenen Tausenden, die einige wenige süditalienische, mafiagebeutelte Regionen aufzunehmen haben, ja sehr gering.

Man hat auch eingewendet, was man auch andernorts einzuwenden pflegt: 381 (die Zahl variiert wöchentlich leicht) Flüchtlinge seien für einen kleinen Ort zu viel. Ich wende dagegen ein: aber ein Vielfaches an Touristen heißen wir willkommen. Also geht es nicht um die Zahl der Leute, die niemals zu groß ist, wenn sie genug Geld bringen. Auch ich bin über die meisten Touristen froh. Nur die Zahl der Flüchtlinge also als Gegenargument zu verwenden, ist eine Ausrede, die über die menschlichen Schicksale von Flüchtlingen hinweggeht. Eine Partei mit ethischer Legitimation muß sich hier entscheiden für ein neues Humandenken, das nicht nur die Südtiroler Sozialbedürfnisse abdeckt (hier wurde viel Lobenswertes geleistet), sondern auch die neuen Realitäten der



Völker- und Flüchtlingsbewegungen bewältigt. Noch so viel Entwicklungshilfe bewahrt uns nicht vor den Menschenströmen, insbesondere dann nicht, wenn die Politik der freien Länder nicht fähig scheint, politische Unterdrückung zu verhindern oder wenigstens zu lindern. Sie ist die Hauptursache der Flucht aus Albanien.

Ich rufe in Erinnerung: was hätten wir Südtiroler gesagt, wenn der österreichische und bundesdeutsche Arbeitsmarkt die jungen Südtiroler Arbeitssuchenden in den 60er Jahren abgewiesen hätte? Sie wären nach modischer Definition "Wirtschaftsflüchtlinge" gewesen. Haben wir andererseits nicht auch einen unguten Schauer verspürt, wenn wir in Optantenberichten nachlesen mußten, wie oft genug unfreundlich die Südtiroler Auswanderer 1939/40 in einigen Gebieten Österreichs aufgenommen wurden? Nicht ganz zufällig hat sich der Vorarlberger Landeshauptmann im fünfzigsten Jahr nach der Option für die oft doch recht schmerzhafte Begleitmusik entschuldigt, mit der die Südtiroler Auswanderer seinerzeit empfangen wurden.

Man braucht also nicht eigens die christlichen Grundsätze zu bemühen. Schon das menschliche Empfinden und Nachdenken reicht aus, um zu wissen: man muß mit Herz und Kopf handeln. Für Politiker ergibt sich zusätzlich: man muß umfassend planen. Planung soll jede gerechtfertigte Rücksicht nehmen, aber keine ungerechtfertigte.

Damit ist man beim konkreten Fall, den Albanern.

Ein Maßnahmenkatalog

Die politische Entwicklung, die neue Repression unmittelbar nach den Wahlen, macht eine Rückkehr der Flüchtlinge vorderhand unmöglich. Nach den Informationen des albanischen Komitees sind über die Hälfte tatsächlich Flüchtlinge aus politischen Motiven: Studenten, die am Hungerstreik oder am Niederreißen der Enver-Hodscha-Statue beteiligt waren und auf den Fahndungslisten der Polizei schon für Gefängnis und Mißhandlung vorgemerkt sind. Akamediker mit voller Ausbildung oder junge Oberschüler unter 18 Jahren, die aus ähnlichen Beweggründen flüchteten. Dann gibt es noch andere Fälle, die noch bitterer sind. Für sie alle ist eine Rückkehr undenkbar. Zugleich sind sie die Motiviertesten und am schnellsten einzugliedern.

Die anderen sind "Wirtschaftsflüchtlinge", ein unfreundlicher Begriff, der aber Gemeingut geworden ist. Ich habe in vielen direkten Gesprächen und nüchternen Beobachtungen den Eindruck gewonnen, daß auch ein größerer Teil von diesen in den Arbeitsprozeß aufnehmbar ist. Angebote von Südtiroler Firmen liegen bereits vor und können in Anspruch genommen werden (nach entsprechender Entscheidung Roms). Bleiben wird ein sehr viel kleinerer Teil, der nicht ohne weiteres vermittelbar ist, weil berufliche oder



charakterliche Voraussetzungen dafür fehlen. (Das gibt es auch unter Südtirolern.) Auszunehmen sind natürlich auch Mütter, die mit ihren Kleinkindern gekommen sind und diese versorgen müssen.

Die Mentalität der Flüchtlinge ist der unseren nicht sehr fern. Das freundliche Benehmen steht dem unseren nicht nach. Die religiöse Zugehörigkeit ist islamisch, katholisch und orthodox. Beim islamischen Teil ist nicht die Spur eines Fundamentalismus festzustellen. Er hätte sich unter dem Repressionsregime auch nicht entwickeln können. Der katholische Teil der Flüchtlinge ist sehr froh über ein religiöses Angebot. Für die Orthodoxen wird es fehlen. Die religiöse Frage braucht aber nicht Gegenstand politischer Bemühungen zu sein. Wer sich vor einer anderen Hautfarbe scheut, kann ebenfalls beruhigt sein: ein größerer Teil der Flüchtlinge ist von eigenen Leuten nicht einmal zu unterscheiden. Mentalität und Weltanschauung geben also keine Probleme auf. Dies erleichtert objektiv politische Lösungen und fordert die Politik darum auch doppelt dazu heraus. Die Politik kann sich nicht auf Hindernisse berufen, die nicht real bestehen.

Im einzelnen sei kurz folgendes vorgeschlagen:

1. Das Land lässt sich umgehend die Erhebungen des IV. Armeekorps über die Einzeldaten der Flüchtlinge geben und macht sich ein Gesamtbild über die beruflichen Qualifikationen und Vorstellungen.
Gleichzeitig wird in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden eine Umfrage über die offenen Arbeitsstellen gemacht und die konkrete Bereitschaft, Flüchtlinge zu beschäftigen. Dies soll bald geschehen.
2. Die minderjährigen Flüchtlinge zwischen 14 und 18 Jahren sollten ab Herbst Berufsbildungskurse beginnen. Es handelt sich um eine begrenzte Zahl. Da die Berufskurse im allgemeinen für die Einheimischen kostenfrei sind, fallen ein paar zusätzliche Leute nicht ins Gewicht.
3. Die Kinder zwischen sechs und vierzehn Jahren sollen im Herbst normal eingeschult werden, je nach den Voraussetzungen, die sie mitbringen.
4. Kinder zwischen drei und sechs Jahren können in die Kindergärten der beiden Dörfer (Welsberg-Taisten) aufgenommen werden. Sie dürften kaum ernste Probleme verursachen.
5. Die ganz wenigen Fälle von Oberschülern, die von der Schule direkt nach Italien geflüchtet sind (es handelt sich dabei um politische Fälle), könnten die Schule fortsetzen, wenn auch eventuell eine Stufe unterhalb ihrer albanischen Klassenstufe, die sie besucht haben.



6. Alle Jugendlichen, die einen Berufsbildungskurs oder eine Oberschule - oder auch Universität in Italien - besuchen können, müßten dringend einen längeren Sprachkurs (beide Landessprachen) absolvieren. Sie sollten am besten dazu verpflichtet werden, damit eine Einschulung möglich ist. Das gilt in pädagogisch richtiger Form auch für die Kleinen, die den Kindergarten besuchen sollen.
7. Sprachkurse (von wenigen Wochen) sind auch für alle jene notwendig, die eine Arbeitsstelle annehmen wollen. Hier können kürzere Kurse genügen, damit die Arbeitsaufnahme nach der rechtlichen Regelung nicht verzögert wird. Für Schüler und Studenten könnten sie ohne Unterbrechung bis zum neuen Schuljahr angeboten werden. Deutschkenntnisse allein würden für jene genügen, die auf eine Ausreise nach Deutschland hoffen, wo sie Bekannte und Verwandte haben.

8. Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich unterstreiche ich, daß ich eine weitgehende Verpflichtung zur Teilnahme an Sprach- oder Berufskurse (mit Ausnahme der bald Arbeitenden) für geboten halte. Das dient den Flüchtlingen und entzieht sie dem unfreiwilligen Nichtstun, das ihre Kräfte lähmt. Sie brauchen Beschäftigung, sollen die Chance zur Leistung erhalten und sich wie jeder im Lande bewähren müssen.

Die politische Führung soll bald bekunden, daß man sich für zielführende Maßnahmen entscheidet.

Die Integration dieser kleinen Zahl von Flüchtlingen ist zu einem großen Teil möglich. Über Problemfälle wird man zu reden haben, wenn man sie genau feststellt. Sie müssen wie einheimische Problemfälle behandelt werden.

Sie sollen verstehen lernen, daß die kostenfreie Unterkunft und Verpflegung als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht ist, als ein Provisorium mit dem Ziel, jeden zu befähigen, sich wo immer möglich auf eigene Füße zu stellen. Es soll und darf gerade von einer humanen Flüchtlingshilfe verlangt werden, daß sie die eigenen Fähigkeiten der Flüchtlinge herausfordert. Zwischen Einheimischen und Flüchtlingen sollen nur jene Unterschiede gemacht werden, die der Sachlage nach geboten sind und nur, solange sie geboten sind. Davon abgesehen haben viele einzelne Südtiroler, vor allem Familien, aber auch Verbände und Funktionsträger auf allen Ebenen die Chance, ganz persönlich Zeichen menschlicher Aufmerksamkeit und des Entgegenkommens zu setzen. Dies kann nicht mehr geplant oder verordnet werden. Es fällt in die Freiheit des einzelnen.

Diese Denkschrift schließt sich an die beiden Botschaften an, die die Parteiführung bzw. die Landesregierung bereits erhalten haben. Sie berücksichtigt aber den neuesten Stand der Lage und Bedürfnisse und wird auch in einem Beschlusstantrag der SVP-Land-



tagsfraktion zugeleitet. Damit verfolge ich das Ziel einer formellen Landtagsdebatte, es sei denn, sie wird durch ein baldiges Handeln der Parteiführung bzw. ihrer Vertreter in der Landesregierung überflüssig gemacht.

Am Schluß der Maßnahmen- in einigen Jahren- muß ein erweitertes Konzept des Zivilschutzes in Südtirol stehen, der sich auf unabwendbare europäische Menschenwanderungen geistig und organisatorisch einstellt und auch die sozialen und kulturellen Dimensionen miteinbezieht. Nicht die "multikulturelle Gesellschaft", sondern die menschliche und kulturelle Integration soll dabei leitendes Prinzip sein.

gez. Dr. Franz Pahl
Stellv. Landtagssprecher der SVP

Bozen, den 4. April 1991